

SpiFa: Ambulantisierung gibt es nicht zum Nulltarif

Berlin, 28. September 2026 – Der Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa) kritisiert Äußerungen der AOK über steigende Ausgaben für die ambulante Versorgung als gesundheitspolitisch widersprüchlich. Aus Sicht des SpiFa ist es nur folgerichtig, dass mit fortschreitender Ambulantisierung mehr Geld in die ambulante Versorgung fließt.

Die AOK fordert mehr ambulante Versorgung und beklagt anschließend, dass dort mehr Leistungen bezahlt werden müssen. Diese Argumentation ist politisch widersprüchlich. Wer Behandlungen aus dem Krankenhaus in Facharztpraxen und ambulante Operationszentren verlagern will, muss auch die Finanzierung verlagern. Niemand kann ernsthaft erwarten, dass Fachärztinnen und Fachärzte zusätzliche Patienten behandeln und bisher teuer im Krankenhaus erbrachte Leistungen zum Nulltarif übernehmen.

„Ambulantisierung gibt es nicht zum Nulltarif. Wer Ambulantisierung fordert und gleichzeitig die ambulanten Strukturen kaputtspart, betreibt gesundheitspolitischen Etikettenschwindel. Die AOK kann nicht zusätzliche Leistungen in den Praxen bestellen und anschließend deren Bezahlung zum Skandal erklären. Personal, OP-Säle und Medizintechnik finanziert man nicht mit Appellen. Wer hier den Rotstift ansetzt, zementiert die teurere Versorgung im Krankenhaus und präsentiert den Beitragszahlern die Rechnung“, erklärt Dr. med. Helmut Weinhart, Stellvertretender 2. Vorsitzender des SpiFa.

Steigende ambulante Ausgaben sind bei einer gewollten Ambulantisierung kein Skandal. Sie sind Teil des Umbaus. Entscheidend ist, dass vermeidbare stationäre Ausgaben tatsächlich entfallen. Wer allein auf die ambulante Ausgabenentwicklung zeigt, erklärt ausgerechnet diejenigen zum Problem, die den politisch geforderten Wandel umsetzen sollen.

Auch die eigene WIdO-Studie gibt der AOK Anlass, einmal genauer auf die Krankenhausseite zu schauen: Im untersuchten Leistungsspektrum entfielen 2025 weiterhin rund 1,61 Milliarden Euro auf die reguläre stationäre DRG-Vergütung und damit mehr als auf sämtliche Hybrid-DRG-Vergütungen zusammen. Nicht jeder dieser Fälle ist ambulant behandelbar. Doch die politische Aufgabe liegt auf der Hand: Wo eine Behandlung medizinisch ambulant möglich ist, müssen die Anreize für eine teurere stationäre Versorgung konsequent beseitigt werden.

Stattdessen verlangt die AOK weitere Einschnitte bei der Vergütung derjenigen Strukturen, die zusätzliche Versorgung übernehmen sollen. So wird aus einer Strukturreform ein Kürzungsprogramm für die ambulante Versorgung. Wer Investitionen in Personal, Technik und ambulante Operationskapazitäten wirtschaftlich unattraktiv macht, bremst die Ambulantisierung und hält Deutschland in teuren Versorgungsstrukturen fest.

Der SpiFa fordert deshalb: Das Geld muss der Leistung folgen. Medizinisch geeignete Behandlungen müssen konsequent aus dem Krankenhaus verlagert und ambulant auskömmlich

finanziert werden. Die Krankenkassen müssen sich daran messen lassen, ob sie diesen gewollten Umbau auch wirklich ermöglichen.

Mehr ambulante Versorgung bestellen und anschließend ihre Bezahlung bekämpfen ist keine verantwortliche Gesundheitspolitik.

Über den Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa)

Der Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa) ist die Stimme der in Deutschland tätigen Fachärztinnen und Fachärzte. Als Dachverband der fachärztlichen Berufsverbände übt er die gemeinsame Interessenvertretung für die Anliegen der Fachärztinnen und Fachärzte gegenüber Politik, Selbstverwaltung und anderen freien Verbänden auf Bundes- und Landesebene aus.

Dabei repräsentiert der SpiFa mit seinen 36 ordentlichen und assoziierten Mitgliedsverbänden über 160.000 Fachärztinnen und Fachärzte in der Grundversorgung sowie der spezialisierten und hochspezialisierten Versorgung, die in einer Praxis, einem Medizinischen Versorgungszentrum, einem Krankenhaus oder in der Hochschulmedizin tätig sind.

Seit Februar 2022 ist der SpiFa entsprechend im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen.

www.spifa.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. med. Dirk Heinrich, Dr. med. Helmut Weinhart,
Prof. Dr. med. Hermann Helmberger, Dr. med. Petra Bubel,
Dr. med. Norbert Smetak, Jan Henniger, Markus Haist (kooptiert),
Dr. med. Anna-Katharina Doepfer (kooptiert), Daniel Pleger (kooptiert)

Hauptgeschäftsführer: Dr. iur. André Byrle

Pressekontakt: Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V.
Robert-Koch-Platz 9, 10115 Berlin
presse@spifa.de

Folgen Sie uns gerne auf LinkedIn!

